



Ute Schäfer

**Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Rede

**zur Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft
der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung**

14. Dezember 2011, Münster

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Pater Kollig,
sehr geehrter Herr Koddenberg,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Mitgliederversammlung!

Ich bin gerne heute zu Ihnen nach Münster gekommen, um den Austausch mit Ihnen zu vertiefen.

In Sachen Familienbildung sind wir einander in diesem Jahr schon mehrfach begegnet:

Im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs zwischen Land und Trägern hat mein Haus eine gute Tradition wieder aufgegriffen, die in der vorigen Legislaturperiode etwas vernachlässigt worden war: die regelmäßigen Treffen der Hausspitze mit den Landesorganisationen und den Einrichtungsleitungen der Familienbildung.

So habe ich Herrn Koddenberg und Herrn Hendriks bereits im März getroffen – beim ersten gemeinsamen Termin mit den LAG-Vorsitzenden und dem Arbeitssausschuss Familienbildung der Freien Wohlfahrtspflege.

Einige von Ihnen waren dabei, als wir im Oktober zum Fachgespräch mit den Einrichtungsleitungen der Familienbildung im Ministerium zusammengekommen sind.

Und schließlich haben alle Landesarbeitsgemeinschaften und das Ministerium Ende November gemeinsam die Fachtagung „Familienbildung ist Prävention“ durchgeführt.

Bei dieser Fachtagung in Düsseldorf stand die präventive Rolle der Familienbildung im Blickpunkt.

Wir wollen kein Kind zurücklassen! Das ist das Leitmotiv der Landesregierung.

Es geht um die bestmöglichen Chancen für alle Kinder – und darum, dass eine solche Politik auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten effektiv ist.

Das hat in diesem Frühjahr das PROGNOSE-Gutachten bestätigt, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte. Es belegt: Investitionen in die frühe Förderung und in die Unterstützung von Familien entlasten perspektivisch die Sozialkassen.

Sie wissen es aus Ihrer Praxis ebenfalls: Prävention ist der richtige Weg. Es lohnt sich, ihn offensiv zu gehen!

Die Landesregierung ist fest entschlossen, weiter in Prävention zu investieren – in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und mit den freien Trägern in diesen Feldern. Vor Ort – in den Städten und Gemeinden, im Lebensraum der Familien und ihrer Kinder – muss die vorsorgende Politik gestaltet werden.

Deshalb hat die Ministerpräsidentin Anfang November in Essen den Startschuss für das Modellvorhaben „Kommunale Präventionsketten“ gegeben.

Wir wollen in der Praxis erproben, wie Familien mit ihren Kindern von Anfang an besser begleitet werden können. In jeder Stadt und in jedem Kreis gibt es eine Vielzahl von Angeboten.

Doch trotz einer festen und differenzierten Infrastruktur gibt es auch Lücken und Probleme:

Zum einen sind die Angebote nicht immer ausreichend miteinander verbunden, so dass eine Familie in einer „Sackgasse“ landen kann, wenn das Kind eine bestimmte Altersgrenze überschritten oder einen bestimmten Übergang absolviert hat. Zum Beispiel: Schwangerschaftsberatungsstellen dürfen Frauen und Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr betreuen, danach endet deren gesetzlicher Auftrag. Oder: Im Familienzentrum gibt es ein gut ausgebautes soziales Netz für die Familie, in der Grundschule nicht mehr.

Zum anderen stellt sich die Frage, ob wir auch die Eltern erreichen, die die Unterstützung am meisten benötigen. Bei allen Erfolgen der Niedrigschwelligkeit: Hier ist weiteres Handeln notwendig.

Deshalb werden wir 10 bis 15 Kommunen unterschiedlicher Größe auswählen, die bereit sind mitzumachen. Ausgehend von den vorhandenen Ansätzen sollen Präventionsketten entwickelt werden, die vor allem die Übergänge zwischen Institutionen und die Vernetzung der vielfältigen Angebote sicherstellen. Darüber hinaus sollen die Kommunen untereinander in einen regelmäßigen Austausch treten. Sie sollen ihre Erfahrungen teilen und voneinander lernen.

In diesen Wissenstransfer sollen übrigens auch diejenigen Kommunen einbezogen werden, die bereits vom Landesjugendamt Rheinland in einem ähnlich gelagerten Projekt gefördert werden.

Die Entwicklung kommunaler Präventionsketten in den Modell-Standorten wird für die Jahre 2012 bis 2014 vom Land gefördert. Parallel wird die Evaluation des Projekts gestartet. Eine Verlängerung des Vorhabens bis 2020 ist angedacht.

Wir brauchen die Kommunen für eine erfolgreiche Präventionspolitik.

Gleichzeitig brauchen wir starke Partner unter den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und im ganzen Feld der sozialen Arbeit. Die Familienbildung gehört dazu!

Sie steht oftmals am Beginn einer Präventionskette, zum Beispiel in Familienzentren. Hier werden die Eltern von Anfang an gestärkt für die Herausforderungen des Alltags mit Kindern.

Denn: Die Familienbildung fördert die Eltern-Kind-Bindung. Sie setzt bei den Ressourcen der Familie an. Und sie vermittelt positive Lernerfahrungen.

Es gibt Eltern, die ihre Kinder deshalb nicht beim Lernen unterstützen können, weil sie selbst keinen erfolgreichen Bildungsweg hinter sich und keine guten Erinnerungen an ihre Schulzeit haben.

In den Angeboten der Familienbildung können Eltern sozusagen „korrektive Erfahrungen“ machen und dann auch den Bildungsweg ihrer Kinder selbstbewusst und mit positiven Erwartungen begleiten.

Oder es gibt Eltern, denen „der Alltag über den Kopf wächst“ und die Hilfe, Anregung, Information brauchen.

Hier und bei all ihren anderen Aktivitäten setzt die Familienbildung darauf, mit der Kursleitung und den Eltern – Müttern und Vätern – Lösungen gemeinsam zu entwickeln. Und sie hat dabei die sensiblen Übergänge im Lebenslauf im Blick.

Mit Familienbildung können wir gesellschaftlich viel bewegen! Deshalb hat die Familienbildung in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert und einen gesetzlichen Förderanspruch, der im WbG verankert ist. Das ist nicht selbstverständlich, wie man im Vergleich mit anderen Bundesländern sieht.

Das Weiterbildungsgesetz ist gerade evaluiert worden.

Insgesamt wird der Weiterbildung – und damit auch der Familien- und der politischen Bildung – ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt.

Jedoch gibt es im Gutachten einige Empfehlungen, die von den freien Trägern der Weiterbildung und auch von mir kritisch gesehen werden. Das betrifft vor allem die Überlegungen zur Fördersystematik.

Das federführende Ministerium für Schule und Weiterbildung hat alle an der Weiterbildung beteiligten gesellschaftlichen Gruppen zu einer Diskussion darüber eingeladen, wie die Ergebnisse des Gutachtens umgesetzt werden sollen. Mit der ersten Veranstaltung im November hat ein breiter Beteiligungsprozess begonnen. Regierung und Parlament wollen nicht über die Köpfe der Träger hinweg über die Ausgestaltung der Weiterbildungspolitik diskutieren, sondern mit den Trägern.

Ich bin sicher, dass dies ein konstruktiver Diskurs wird.

Gleichzeitig bin ich zuversichtlich, dass am Ende ein Ergebnis stehen wird, mit dem die Familienbildung und die politische Bildung gut leben können.

Ich sehe es als gemeinsame Gestaltungsaufgabe von Parlament, Landesregierung und Trägerorganisationen, die Finanzierung der Familienbildung und der politischen Bildung für die Zukunft zu sichern.

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung hat die Landesregierung getan, indem sie in der Weiterbildung die Kürzungen der Vorgängerregierung zurückgenommen hat.

In Zahlen heißt das:

Die gesetzliche Förderung für die Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung – einschließlich der politischen Bildung – wurde in diesem Jahr auf 42 Millionen Euro erhöht. Die gesetzliche Förderung der Familienbildung wurde gleichzeitig auf 15,6 Millionen Euro angehoben. Auch die Mittel der Landeszentrale für politische Bildung wurden spürbar erhöht, und zwar auf über 2,7 Millionen Euro.

Und schließlich wurden die Kürzungen in der Familienhilfe korrigiert.

Das Mehr an Mitteln aus der Familienhilfe – insgesamt 2 Millionen Euro – wollen wir ab dem nächsten Jahr für ein neues Angebot einsetzen: Alle Eltern neugeborener Kinder sollen an einem Kurs oder offenen Treff kostenlos teilnehmen können. Dieses gebührenfreie Angebot soll 5 Unterrichtseinheiten von jeweils 90 Minuten umfassen und wird vom Land in voller Höhe finanziert.

Die Vertreterinnen und Vertreter aller Landesarbeitsgemeinschaften arbeiten momentan an einem Basiskonzept, nach dessen Grundsätzen dann alle Einrichtungen den kompakten Elternkurs anbieten können.

Im März 2012 wollen wir mit dem Angebot starten!

Ich bin davon überzeugt, dass wir so noch mehr Eltern erreichen und für die Familienbildung gewinnen – auch solche, die sonst nicht den Weg zu Ihren Einrichtungen und Angeboten gefunden hätten.

Die katholische Familienbildung hier in Münster hat mit „Sure Start – Die Babyspielstunde“ gerade für diese Zielgruppe gemeinsam mit einer Einrichtung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – ein passgenaues Konzept entwickelt.

Der Erfolg von „Sure Start“ hier in Münster zeigt mir, dass wir dem gebührenfreien Angebot für Eltern den richtigen Weg sind, indem wir ausdrücklich auch den offenen Treff fördern werden.

Es zeigt sich immer wieder: Gerade die bildungsungewohnten Mütter und Väter können in einem offenen Treff viel besser erreicht werden als im klassischen Kurs.

Diese Erfahrung machen Sie, meine Damen und Herren, auch in den Familienzentren.

Auch dort ermöglicht das Land mit der Zusatzförderung offene Angebote, die nicht an Unterrichtsstunden nach dem Weiterbildungsgesetz gekoppelt sind.

Für die Kooperationen mit den Familienzentren erhalten die Einrichtungen der Familienbildung in diesem Jahr wieder rund 1,8 Millionen Euro zusätzlich.

Ihre Mitgliedseinrichtungen, meine Damen und Herren, leisten wichtige Arbeit in der Familienbildung, aber auch – das möchte ich heute nicht unerwähnt lassen – in der politischen Bildung.

Die politische Bildung hilft, gesellschaftliche und politische Sachverhalte besser beurteilen zu können. Sie fördert das ehrenamtliche und gesellschaftliche Engagement und stärkt die politische Partizipation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das, was in der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin als roter Faden unserer Politik festgelegt wurde, gilt auch hier: Wir wollen alle mitnehmen und mehr Teilhabe ermöglichen.

Ich danke Ihnen allen – den Einrichtungen der katholischen Erwachsenen- und Familienbildung – sehr herzlich für Ihr großes Engagement!

Für Ihre Aktivitäten wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg! Und nun freue ich mich, im Gespräch mit Ihnen mehr Konkretes über Ihre Arbeit zu erfahren.

Vielen Dank!